

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 836

Mittwoch, 3. September 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

„Es ist traurig, dass SEMILLA es nicht geschafft hat, die Werte der Partei hochzuhalten.“.....	1
CSJ ordnet Konsultation an, stoppt aber nicht das Wasserkraftprojekt in San Mateo Ixtatán.....	4
María Marta Castañeda wurde ins Militärgefängnis Mariscal Zavala gebracht.....	5

„Es ist traurig, dass SEMILLA es nicht geschafft hat, die Werte der Partei hochzuhalten.“

Guatemala, 15. Juli – Als Samuel Pérez, der bekannteste Kongressabgeordnete der Regierungspartei SEMILLA in Guatemala, Ende Mai eine Initiative zur Gründung einer neuen Partei namens Raíces (Wurzeln) ankündigte, wurde deutlich, dass sich die kleine Partei, die Bernardo Arévalo 2023 ins Präsidentenamt gebracht hatte, in zwei Lager gespalten hat: zwischen den Anhänger*innen des Präsidenten und den Anhänger*innen von Pérez [*Fijáte! berichtete darüber, d. Red.*]. Ein Faktor für die Spaltung ist der Druck, unter dem die Mitglieder der Partei durch die Strafverfolgung stehen. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit von Richter*innen hat bei einem Besuch in Guatemala Ende Mai eine „konsequente und alarmierende Kriminalisierung“ angeprangert.

Interview mit der Sozialanthropologin Irma Alicia Velásquez Nimatuj

Irma Alicia Velasquez Nimatuj ist eine Maya-K'iche'-Professorin, die an US-amerikanischen Universitäten wie Brown, Duke und Stanford gelehrt hat.

Sie waren Mitbegründerin von SEMILLA. Heute, zwei Jahre nachdem er einen „neuen demokratischen Frühling“ versprochen hat, befindet sich Arévalo in einer Zwickmühle. Die einen sagen, ihm seien die Hände gebunden, die anderen, er sei rückgratlos. Was sagen Sie dazu?

Arévalo kam mit der Unterstützung des Volkes an die Macht, aber nicht wegen seiner Person, sondern wegen der Lage im Land, inmitten einer riesigen Fluchtwelle von kriminalisierten Richter*innen und Staatsanwält*innen. Er kam auch unter Bedingungen an die Macht, unter denen die Korrupten alles taten, um ihn an der Amtsübernahme zu hindern. Dank des kollektiven Kampfes der indigenen Völker, die sich 106 Tage lang [*zur Verteidigung der Wahlergebnisse, d. Red.*] mobilisiert hatten. Sein grosser Fehler war jedoch seine politische Unfähigkeit, die ihm vom Volk übertragene Macht auszuüben. Er war nicht in der Lage, deren Hauptforderung zu erfüllen: die Entlassung der Generalstaatsanwältin. Es ist nicht so, dass es keine Unterstützung gibt, aber es ist nicht mehr die starke Unterstützung, die er einst hatte. Wenn er sich an einem Scheideweg befindet, dann gerade wegen dieser Unfähigkeit.

Im Jahr 2023 gab es einen seit Jahrzehnten beispiellosen nationalen Dialog, um einen Wahlputsch zu verhindern. Dies eröffnete neue politische Räume für die Zivilgesellschaft, indigene Autoritäten und andere Akteure. Vor einigen Wochen berief sich die Staatsanwaltschaft (MP) auf die Mobilisierungen, als sie zwei ehemalige Anführer der 48 Kantone des „Terrorismus“ bezichtigte. Bricht dieser neue (Spiel-)Raum zusammen?

Nein. Der Widerstand der indigenen Gemeinschaften wird mit oder ohne Bernardo weitergehen, denn sie wissen, dass es hier nicht nur um die aktuelle politische Lage geht. Dass die beiden Männer wegen Terrorismusvorwürfen im Gefängnis sitzen, ist nichts Neues: Indigene Anführer*innen wurden schon immer ermordet, massakriert, inhaftiert und zu Unrecht angeklagt. Die Strateg*innen der Staatsanwaltschaft glauben fälschlicherweise, dass eine Inhaftierung den Widerstand beenden würde. Aber der Kampf der indigenen Völker ist nicht der einer politischen Partei oder Institution. Es ist ein Kampf, der darüber hinausgeht und mit historischen Forderungen zusammenhängt, die fortbestehen und sich verschärfen.

Was bleibt heute von der zivilgesellschaftlichen indigenen Bewegung, die zur Verteidigung der Wahlergebnisse

entstanden ist?

Die Gruppen, die ein anderes Land wollen, werden nicht verschwinden. Ein Grund, warum sie sich derzeit nicht an der politischen Gesellschaft beteiligen, ist ihre Enttäuschung. Es gibt Momente, in denen man sich zurückziehen muss, nicht um aufzuhören zu handeln, sondern um neu nachzudenken. 2023 war ein entscheidender, wichtiger Moment, in dem mehrere Faktoren zusammenkamen. Aber zu glauben, dass alle beteiligten Sektoren in einer einzigen Allianz weitermachen werden, ist weder menschlich noch politisch möglich, da es unterschiedliche Interessen, Klassenherkünfte, Ethnien, Geschlechter, Standorte und politische Positionen gibt. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie verschwunden sind, dass die Bewegung auseinandergebrochen ist.

Sie waren vor zehn Jahren Teil des Gründungsprojekts von SEMILLA. Was hat Sie dazu motiviert?

Wir haben uns 2003, 2005 und schliesslich 2013 getroffen. Ich gehöre zur Gründungsgruppe, war aber nicht Teil der Gruppe, die die Gründung von SEMILLA als Partei unterzeichnet hat. Ich habe das Land 2016 verlassen, was bedeutete, dass ich mich nicht mehr täglich engagieren konnte, und mein Kontakt wurde allmählich schwächer. Aber was mich zur Teilnahme motivierte, waren die Diskussionen über unsere nationale Realität: Wir stellten uns einen Prozess der politischen Neugestaltung aus dem Rahmen des Neoliberalismus heraus vor, der einen Diskurs über die Modernisierung des Landes führte, es in Wirklichkeit aber kontrollierte. Wir dachten über eine nationale Stabilisierung nach, um soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit zu erreichen. Wir diskutierten auch, inwieweit es möglich war, über eine politische Kraft für die Zukunft nachzudenken: Bernardos Sieg ist Teil davon. Ich war die einzige Person, die das Thema der indigenen Völker ansprach, weil ich die einzige indigene Person in diesem Raum war.

Glauben Sie, dass dieselben Ideale, die die Gründung der Partei inspiriert haben, auch heute noch ihre Handlungen motivieren?

Das ist jetzt schwierig. Es ist eine Sache, zu reflektieren, und eine ganz andere, eine Partei zu gründen, was extrem schwierig ist. An die Macht zu kommen, ist eine weitere enorme Herausforderung. SEMILLA hatte die historische Chance, eine Regierung mit indigenen Völkern, mit den populären Schichten der Hauptstadt, mit Geschäftsleuten, die ein anderes Land wollen, mit Frauengruppen, mit universitären und nicht-universitären Jugendlichen zu bilden, aber sie hat es nicht geschafft. Diese Regierung hat beschlossen, für die indigenen Völker zu regieren und nicht mit ihnen, mit einer Bevormundung, die sie daran gehindert hat, die besten Köpfe der indigenen Bevölkerung zusammenzubringen. Sie fahren mit denselben ideologischen Prozessen fort; sie haben sich nicht verändert. Bernardo nutzte die Kulturpolitik, um unbedeutende Posten zu vergeben, aber so baut man kein neues Land auf. Seine grösste Schwäche ist, dass er die politische Macht der indigenen Völker nicht anerkennt. Arévalo wird gehen, aber diese Völker werden bleiben.

Arévalo bezeichnet sich selbst als Sozialdemokrat, aber manche beschreiben ihn als Zentrist. Er hat Vereinbarungen mit Trump getroffen und versucht, sich die Wirtschaft nah zu halten. Würden Sie Arévalo als progressiv bezeichnen?

Er ist ein Zentrist. Aber ein Zentrist zu sein bedeutet nicht, gegen soziale Gerechtigkeit zu sein: Es gibt ihm die Möglichkeit zu verhandeln. Er hat mehr Möglichkeiten dazu als jemand, der sich als links identifiziert. Im Fall von Thelma Cabrera beispielsweise wären die Verhandlungsmöglichkeiten gleich null gewesen, wenn sie gewonnen hätte. Bernardos Position in der Mitte-Links-Partei gibt ihm mehr Verhandlungsspielraum. Ich habe jedoch das Gefühl, dass er diesen Spielraum nicht genutzt hat, um die Veränderungen zu erreichen, die die Bevölkerung braucht.

Wenn der Präsident sagt, er sei in die Enge getrieben, warum hat er sich dann nicht entschlossen, sich erneut auf die Tausenden von Menschen zu verlassen, die die Wahl verteidigt haben? Glauben Sie, dass dieselben Menschen heute wieder für ihn eintreten würden, wenn er sie dazu auffordern würde?

Er würde nur dann die Unterstützung derjenigen gewinnen, die ihn 2023 unterstützt haben, wenn es ihm gelingt, die Generalstaatsanwältin zu entlassen. Nur dann.

Einige beschreiben die Regierung Arévalo als Übergangsregierung, nicht als eine Regierung des radikalen Wandels. Wenn es ihnen gelingt, durch die Wahl der nächsten Generalstaatsanwaltschaft im Jahr 2026 Veränderungen in der Staatsanwaltschaft herbeizuführen, werden sie dann erfolgreich gewesen sein?

Die einzigen, die die Regierung von Arévalo als eine Regierung des radikalen Wandels bezeichneten, waren die Mitglieder des Paktes der Korrupten. Sie sagten dies als Teil ihrer Strategie des Terrors, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Ich würde SEMILLA nicht als Übergangsregierung bezeichnen, gerade weil sie sich nie als solche präsentiert hat. In Wirklichkeit haben wir es mit einer Mitte-Rechts-Regierung zu tun, deren Hauptaufgabe darin bestehen sollte, im nächsten Jahr die beste Person für das Amt der Generalstaatsanwaltschaft auszuwählen: Jemand, der wirklich für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sorgt. Das ist das Mindeste, was man von Arévalo erwarten kann. Diese Wahl im kommenden Jahr wird entscheidend sein, aber sie kann nicht der einzige Massstab für die Bewertung seines Erfolgs sein. Wenn sie sich nicht als Übergangsregierung präsentiert, muss sie nach ihren eigenen Massstäben und Versprechen bewertet werden.

Wie war es, die gerichtliche Verfolgung von SEMILLA zu beobachten? Welche Auswirkungen hatte der „Fall SEMILLA“ auf die Partei und ihre Anhänger*innen?

Als SEMILLA gegründet wurde, haben wir sorgfältig darüber nachgedacht, wer an den Diskussionen teilnehmen sollte. Es waren sehr geschlossene Räume, in denen wir nicht sagten, wo wir uns trafen. Es gibt Namen, die ich Ihnen nicht nennen kann. Wir wussten, welchen Preis man für das Umdenken und den Aufbau eines anderen Landes zahlen muss. Aber sie liessen Leute zu, die der Partei geschadet haben. Ein Kongressabgeordneter gewann einen Sitz und wurde Informant für die Staatsanwaltschaft und konservative Kreise, um die politische Verfolgung einzuleiten, die noch immer vor Gericht verhandelt wird. Sein Name ist José Alberto Sánchez Guzmán; später [Ende 2021] trat er der Republikanischen Union bei, einer der rechtsgerichteten Parteien Guatemalas.

Als Arévalo an die Macht kam, hätte er den Angriffen besser begegnen können, wenn es ihm gelungen wäre, die verschiedenen Sektoren zusammenzubringen. Aber indem er in einer in sich geschlossenen Clique blieb – Sektoren, die nur die Realität sehen, die sie sehen wollen –, verbergen sie ihm die andere Realität. Das war ein grundlegender Fehler.

Bedeutet die Tatsache, dass aus SEMILLA eine neue politische Partei entsteht, dass sie die politische Strategie der ursprünglichen Partei als gescheitert betrachten?

Ich glaube, es herrscht eine gewisse Ermüdung aufgrund der Verfolgung. Sie sehen kaum Möglichkeiten, SEMILLA am Leben zu erhalten, und das hat zur Neugründung von Raíces geführt. Aber es ist auch Teil der Zersplitterung, mit der SEMILLA aufgrund mangelnder Führung und organischer Arbeit konfrontiert ist. Sie werden zweifellos Raíces gründen. Wir wissen nicht, wie es aussehen wird, aber es scheint ein neues urbanes Projekt aus der Hauptstadt zu sein. Ich weiß nicht, ob die ursprüngliche Partei als verlorene Sache betrachtet wird, aber es ist etwas anderes, auch wenn sie die gleiche Unterstützung durch die Basis hat. Ich weiss nicht, ob sie SEMILLA aus ihrer derzeitigen Bedrängnis retten können. Ich glaube jedoch, dass Raíces diese städtische Basisunterstützung übernehmen wird. Ich weiß nicht, ob sie mit der Basisunterstützung im Landesinneren und in den ländlichen Gebieten zusammenarbeiten werden.

Ist diese Spaltung irreparabel?

Ich weiß nicht, ob sie repariert werden kann, aber sie ist ein Weckruf. Es macht mich traurig, die Anfänge der Partei mit heute zu vergleichen. Viele von uns, die am Anfang dabei waren, sind aus verschiedenen Gründen nicht mehr dabei. Und diejenigen, die geblieben sind, hatten die enorme Verantwortung, unsere Werte, Ziele, Utopien und Reflexionen aufrechtzuerhalten. Ich glaube nicht, dass sie dazu in der Lage waren. Das ist eine Tragödie für die Politik des Landes, denn es bestätigt, was unser geliebter Edelberto Torres Rivas immer gesagt hat: Politische Parteien in Mittelamerika haben eine kurze Lebensdauer. Es ist zutiefst traurig zu wissen, dass seine Worte für das Projekt, in das er sein Herz und seine Seele gesteckt hat, wahr geworden sind. Nicht einmal seine eigene Partei konnte sich dieser Analyse entziehen.

Welche Grundwerte gingen verloren?

SEMILLA veröffentlichte Ende 2016 ein Dokument, in dem vier Grundpfeiler festgelegt wurden: Der erste war der Aufbau einer partizipativen Demokratie. Darin wurde argumentiert, dass es nicht möglich sei, den Staat zu transformieren oder ein anderes Land aufzubauen, ohne mit der alternativen Mehrheit zusammenzuarbeiten: den verschiedenen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ethnischen Kräften, aus denen sich das Land zusammensetzt. Die zweite Säule war der Aufbau eines Staates, in dem Politik und Ethik in Einklang gebracht und die Interessen aller Völker, aus denen sich die guatemaltekeische Nation zusammensetzt, gefördert werden, wobei auch die traditionellen Formen der politischen Organisation und die traditionellen Autoritäten der indigenen Völker anerkannt werden. Die dritte Säule war der Kampf gegen Ungleichheit durch die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer und ethnischer Diskriminierung und die Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Gütern wie Sicherheit, Verkehr, Freizeit und Kunst. Das letzte Ziel war der Aufbau einer integrativen Wirtschaft mit Respekt vor der Natur, der Regulierung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und dem Schutz der Umwelt.

Dies war ein Versuch, eine ganzheitliche Agenda auf der Grundlage demokratischer Prinzipien zu entwickeln, die die materiellen Bedingungen Guatemalas und auch die Bedingungen der verschiedenen Völker, aus denen sich das Staatsgebiet zusammensetzt, berücksichtigte. Allerdings kamen nicht alle, die diesen Prozess initiiert hatten, an die Macht. Einige starben auf dem Weg dorthin, wie Edelberto Torres Rivas und José Fernando Valdez, während andere sich zurückzogen. Oder sie schlossen Gründungsfiguren wie Juan Alberto Fuentes Knight aus und wandten sich von ihnen ab. Schliesslich wurden sie, wie viele andere Parteien mit sozialdemokratischer Ausrichtung, von Akteur*innen unterwandert, die die Werte verrieten oder nach und nach verwässerten. Dies ist vielleicht das grösste Risiko, dem jede politische Bewegung ausgesetzt ist: der Verlust ihrer transformativen Organik, sobald sie an die Macht kommt.

Wird diese Spaltung die Leistung des Präsidenten beeinträchtigen?

Sie wird ihn zweifellos beeinträchtigen. Das liegt an den begrenzten Fähigkeiten der intellektuellen Anführer*innen. Es geht nicht um individuelles Darstellertum, sondern darum, die Bewegung weiter aufzubauen. SEMILLA war dazu nicht in der Lage. Es gibt einen Kampf um Macht und Raum; die Süsse der Macht täuscht viele und verleitet sie dazu, historische und unverzeihliche Fehler zu begehen. Andere, vielleicht weniger, können noch repariert werden. Es gibt eine gewisse Unerfahrenheit, wie im Fall von Samuel Pérez: Vor einigen Tagen wurde ein Video veröffentlicht, in dem er in einem Swimmingpool Alkohol trinkt. Als er dazu befragt wurde, sagte er: „Das ist mein Privatleben.“ Bei allem Respekt für Samuel, der eine klare und intelligente Stimme in der Partei ist, ist dies problematisch. Unsere privaten Handlungen sind politisch, unabhängig davon, ob wir ein öffentliches Amt bekleiden oder nicht. Ich hoffe, dass Samuel reagiert und sich einer politischen und persönlichen Analyse unterzieht.

Sie haben von „historischen und unverzeihlichen“ Fehlern gesprochen. Welche sind das?

Erstens hat Arévalo die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt, die Generalstaatsanwältin zu entlassen, obwohl er die Unterstützung der Mehrheit des Landes hatte. Dies war eine klare Forderung der indigenen Gemeinschaften. Zweitens hat er es versäumt, von Anfang an ein Kabinett zu bilden, das die ethnische Vielfalt Guatemalas widerspiegelt. Er hätte anerkennen müssen, dass 50 Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung indigener Herkunft sind und dass es hochrangige Beamt*innen gibt, die bereit sind, Verantwortung innerhalb der Exekutive zu übernehmen. Dieses Kabinett hätte nicht das Ergebnis eines Wahlversprechens zur ethnischen Vielfalt sein dürfen, sondern eine natürliche Reaktion auf die sozialen Verhältnisse des Jahres 2023. Und drittens seine unterwürfige Aussenpolitik gegenüber Staaten, die Menschenrechte verletzen, und seine schwache Unterstützung für diejenigen, die in dieser neuen Phase der Kriminalisierung des indigenen Widerstands inhaftiert wurden, angetrieben von Rache für ihre Rebellion gegen den Pakt der Korrupten und die Staatsanwaltschaft.

Samuel Pérez schien Anfang 2024 der vertrauenswürdigste Gesetzgeber des Präsidenten zu sein. Jetzt wirft ihm ein Teil seiner Fraktion vor, einseitig eine neue politische Initiative anzuführen und die Partei zu spalten. Wie beurteilen Sie seine Führungsqualitäten?

Ich respektiere Samuel. Ich halte ihn für einen jungen und äusserst intelligenten Mann, der politische Erfahrung gesammelt hat, die er zu nutzen wissen sollte. Er gehörte zu denen, die versprochen haben, Korruption und Straflosigkeit zu bekämpfen, aber wir haben noch keine Massnahmen seinerseits gesehen, um dies zu erreichen. Es fällt ihm schwer, Allianzen zu schmieden und aufrechtzuerhalten, und genau darum geht es bei Führungsqualitäten, denn sonst wird man zu einem Caudillo. Wenn er ein Caudillo sein will, wird das ein Problem sein und seine politische Karriere kurz sein; das wäre eine Tragödie für jemanden, der in so jungen Jahren bereits bedeutendes politisches Kapital angesammelt hat.

Wie ist das Verhältnis der Partei zu Arévalo?

Es gibt zwei Blöcke: einen unter der Führung des Präsidenten und einen unter der Führung von Samuel, dessen energischer Aktivismus den des Präsidenten übertrifft. Und auch hier sehen wir wieder zwei enorme Schwächen von Arévalo: seine Unfähigkeit, die Generalstaatsanwältin zu entlassen und die Partei zu führen, die ihn an die Macht gebracht hat. Die Krise in SEMILLA spiegelt die nationale Krise wider; niemand in Guatemala kann dieser Realität entkommen.

In El Salvador und Nicaragua gibt es Diktaturen. Könnte es sein, dass die Aussichten in Guatemala doch nicht so düster sind?

Ich glaube nicht, dass es uns besser geht als Nicaragua oder El Salvador. Man muss es im Kontext betrachten. In Guatemala herrscht trotz der Unterdrückung eine permanente politische Unruhe. Es gibt keine vollständige Freiheit, aber es gibt einige Freiräume. Für mich ist die grösste Lücke in der guatemaltekischen Politik der offensichtliche Rassismus. Solange sie die indigenen Völker weiterhin unterschätzen, glauben sie, dass der Krieg gegen sie fortgesetzt werden muss. Solange sie nicht mitberücksichtigen, dass auch diese eine grundlegende Rolle bei der Neugestaltung dieses Landes spielen werden, werden wir weiterhin das sehen, was wir in der nationalen Politik sehen. Sie glauben immer noch, dass sie die alleinige Führung dabei haben müssen. Sie können diese Denkweise nicht ändern. (El Faro)

CSJ ordnet Konsultation an, stoppt aber nicht das Wasserkraftprojekt in San Mateo Ixtatán

Guatemala, 21. August – Der Oberste Gerichtshof (CSJ) hat den Gemeinden der Maya-Völker Chuj, Q'anjob'al und Akateko aus Huehuetenango, die gegen die Genehmigungen für das Wasserkraftprojekt Pojom II in San Mateo Ixtatán geklagt hatten, teilweise Recht gegeben. Die Entscheidung, die in den Akten 1031-2017, 1044-2017 und 1265-2017 enthalten ist, kommt insbesondere den Mitgliedern des Rates für Gemeindeentwicklung (COCODE) des Dorfes Yulch'en Frontera und des Rates für Gemeindeentwicklung des Kantons Ukuya' zugute.

Nach den Informationen, zu denen Prensa Comunitaria Zugang hatte, hat die gerichtliche Entscheidung eine doppelte Wirkung: Einerseits gibt sie den Klagen gegen das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) statt und verpflichtet dieses, innerhalb von 12 Monaten einen Konsultationsprozess mit der Gemeinde einzuleiten und abzuschliessen. Während dieses Jahres muss das MEM der CSJ vierteljährliche Berichte über die Fortschritte vorlegen, und das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) wird über den Zustand der Wasserressourcen berichten.

Andererseits setzt das Urteil weder den Bau noch den Betrieb des Wasserkraftprojekts aus, das sich im Besitz des Unternehmens Energía y Renovación, S.A. befindet.

Der Oberste Gerichtshof entschied, dass das Unternehmen während der Konsultation den Bau und Betrieb des Kraftwerks Pojom II in seinem derzeitigen Zustand fortsetzen darf, jedoch unter gerichtlicher Aufsicht.

Die Gemeinden machten geltend, dass die betroffene Bevölkerung im Rahmen des Projekts „Hidroeléctrica Pojom II“ nicht zu dessen wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen konsultiert worden sei. Darüber hinaus wiesen sie auf die Unsicherheit hinsichtlich des Eigentums an den Grundstücken und der Nutzung der Flächen hin, auf denen das Projekt durchgeführt werden soll, da das Unternehmen nicht über die

entsprechenden Eigentumsurkunden verfügt. Es gab zudem eine unfreiwillige Umsiedlung der lokalen Bevölkerung. „Infrastruktur- oder Entwicklungsmegaprojekte wie Strassen, Kanäle, Staudämme, Häfen, Stromleitungen oder Ähnliches sowie Konzessionen für die Exploration oder Ausbeutung natürlicher Ressourcen in indigenen Gebieten haben erhebliche Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung, besonders deshalb, weil sie ihre Gebiete und die dortigen Ökosysteme sowie deren Kultur gefährden. Deshalb stellen sie eine tödliche Gefahr für das Überleben ihrer Völker dar, insbesondere in Fällen, in denen die ökologische Fragilität ihrer Gebiete mit ihrer demografischen Schwäche zusammenfällt“, heisst es in der Verfassungsbeschwerde.

Das Urteil des CSJ

Der Oberste Gerichtshof erkennt in seinem Urteil an, dass es zwar Ereignisse gab, die die Arbeiten 2014 zum Erliegen brachten und vom Unternehmen als „höhere Gewalt“ aufgrund des Widerstands der Gemeinde bezeichnet wurden. Diese rechtfertigten jedoch nicht den Einsatz staatlicher Gewalt. Er betonte, dass die Lösung des Problems Pläne und einen Konsens mit der lokalen Bevölkerung vorsehen müsse und dass es die Pflicht des Innenministeriums (MINGOB) sei, Frieden und Sicherheit in der Region durch Dialog und nicht durch Repression zu gewährleisten.

Aus diesem Grund ordnete er die Durchführung eines freien und informierten Konsultationsprozesses mit den Gemeinden der Region an. Er legt fest, dass das Verfahren den Vorgaben der bisherigen Rechtsprechung folgen und eine Vorabkonsultationsphase unter Beteiligung von Vertreter*innen der Gemeinden, Kommunen, staatlichen Institutionen umfassen müsse, z.B. dem Ministerium für Kultur und Sport, dem Umweltministerium, dem Unternehmen Generadora San Mateo, S.A. (verantwortlich für das Projekt Pojom II), der Menschenrechtsbehörde (PDH) und Universitäten usw. Das Verfahren muss innerhalb einer Frist von maximal 12 Monaten ab Zustellung des Urteils durchgeführt werden. Es umfasst klare Phasen: zunächst eine Vorabkonsultation zur Vorlage objektiver und wahrheitsgemäßer Informationen über das Projekt und seine Auswirkungen; anschliessend die gemeinsame Ausarbeitung der Konsultationsmethodik, die sprachliche und kulturelle Zugänglichkeit gewährleisten muss; und schliesslich einen Dialog, der auf einvernehmliche Vereinbarungen abzielt. Es wird betont, dass etwaige Meinungsverschiedenheiten während des Verfahrens von der PDH und den zuständigen Ministerien geschlichtet werden sollen.

MICI bestätigt Unregelmässigkeiten des Unternehmens bei den Wasserkraftprojekten

Am 29. März 2022 führten der Kampf und Widerstand der Maya-Völker Chuj, Q'anjob'al, Akateko und Mestiz*innen, die in San Mateo Ixtatán, Huehuetenango, leben, dazu, dass die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) den Rückzug ihrer Finanzierung für zwei Wasserkraftprojekte in ihrem Gebiet, Yichk'isis, ankündigte. Diese Entscheidung wurde von den Einheimischen als „historischer Erfolg“ gewertet. Die Entscheidung der IDB erfolgte nach der Annahme der Ergebnisse eines Berichts des Unabhängigen Konsultations- und Untersuchungsmechanismus (MICI), einer Einrichtung derselben Bank, der zu dem Schluss kam, dass die Organisation gegen ihre eigenen Vorschriften und Gesetze verstossen hatte, als sie Energía y Renovación, S.A. einen Kredit in Höhe von 13 Millionen US-Dollar (100 Millionen Quetzales) für den Bau von zwei Wasserkraftwerken unter Nutzung der Flüsse Yalwitz, Río Negro (Q'eq Sat) und Pojom gewährte.

Im Jahr 2018 hatten die Gemeinden der Mikroregion Yichk'isis, vertreten durch zivilgesellschaftliche Organisationen und die Plurinationalen Traditionellen Autoritäten, eine formelle Beschwerde beim MICI mit genau diesem Ziel eingereicht. (...) Vor diesem Hintergrund schlug das MICI der IDB vor, die Finanzierung des Unternehmens zurückzuziehen, jedoch mit einem verantwortungsvollen Ausstieg in vier Schritten: einem Plan für einen verantwortungsvollen Ausstieg, einem Übergangsplan, einem Plan gegen Repression und einem Monitoring-Plan. Ausserdem sollte der Bericht in die Maya-Sprachen Chuj und Q'anjob'al übersetzt werden.

Die Bank verpflichtete sich, den Standort mit einem verantwortungsvollen Ausstiegsplan zu verlassen, hat diese Verpflichtung jedoch bis heute nicht erfüllt, wie die von diesen Projekten betroffenen Gemeinden versichern. Infolge dessen haben die Gemeinden schwerwiegende Beeinträchtigungen erlitten. Sie beklagen Angriffe, Drohungen und Schikane gegen diejenigen, die sich friedlich gegen die Bauarbeiten wehren, darunter auch die Ermordung eines Gemeindevorstehers im Jahr 2017, die bis heute ungeklärt ist. Darüber hinaus haben die Projekte schwere Umweltschäden verursacht, wie z. B. die Verknappung und Verschmutzung des Wassers der Flüsse Pojom und Río Negro, die die Grundlage ihrer Wirtschaft und Kultur bilden. Diese Auswirkungen haben die Fischerei, die Landwirtschaft und die traditionellen Lebensweisen der verschiedenen Maya-Gemeinden in der Region direkt geschädigt. (Prensa Comunitaria)

María Marta Castañeda wurde ins Militärgefängnis Mariscal Zavala gebracht

Guatemala, 27. August - Am Abend des 27. August entschied eine Richterin, María Marta Castañeda Torres, Nichte der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), Sandra Torres und Lebensgefährtin von Aldo Dupie Ochoa, bekannt als „El Lobo“, Anführer der Gang Barrio 18, in Untersuchungshaft in der Militärkaserne von Mariscal Zavala zu bringen. Hintergrund ist ein Haftbefehl eines Strafgerichts in Jutiapa wegen Betrug, Steuerhinterziehung und Geldwäsche oder anderer Vermögensdelikte.

Während der Anhörung beantragte die Verteidigung von Castañeda Torres bei der Richterin, die Angeklagte zur Untersuchungshaft in das Gefängnis auf dem Militärstützpunkt Mariscal Zavala zu überstellen. Laut ihrem Verteidiger geschieht dies, weil angeblich die Absicht besteht, sie in einer Zelle in der Nähe des Männerbereichs zu isolieren, wo sich ein Bandenmitglied mit dem Spitznamen „Gorgojo“ befindet, der ihr Leben gefährden könnte. Die Richterin erklärte, dass die Verteidigung geltend gemacht habe, es bestehe eine unmittelbare Gefahr für das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Castañeda Torres. Aus diesem Grund gab sie dem Antrag statt, sie in den Frauenbereich des genannten Gefängnisses zu verlegen.

WARTEN AUF DIE VERHANDLUNGEN

Castañeda Torres wartet jedoch noch immer darauf, dass ein*e diensthabende*r Richter*in ihr die Gründe für ihre Festnahme aufgrund des Haftbefehls der Richterin für besonders schwere Straftaten „A“, Claudette Domínguez, in der Akte Nr. „02042-2024-00244/OF.2“ mitteilt, in der sie in einem anderen Fall der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, des Mordes und des versuchten Mordes beschuldigt wird. Die Richterin erließ zwei Haftbefehle im Rahmen der Ermittlungen, die sie durchführt, um die Verantwortlichen für die bewaffneten Angriffe auf die Staatsanwältin Miriam Reguero zu ermitteln. Der von der Nationalen Zivilpolizei (PNC) veröffentlichte Polizeibericht führt aus, dass Richterin Domínguez am 28. April einen ersten Haftbefehl wegen der drei genannten Straftaten erlassen hat. Allerdings konnte Castañeda Torres bei den ersten Einsätzen nicht ausfindig gemacht werden, weshalb die Richterin am 28. Mai einen dritten Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erliess.

Auf die Staatsanwältin Reguero wurde laut Prensa Libre im April 2024 ein Attentat verübt, bei dem ein Leibwächter und ein Verwandter Regueros getötet wurden. Die Staatsanwaltschaft hat kurz danach einige Schwerkriminelle festgenommen, denen dieses Attentat nachgewiesen werden konnte. Einige dieser Attentäter*innen wurden kurz nacheinander im Gefängnis ermordet, damit sie nicht aussagen können. El Lobo wird als Auftraggeber der Morde angesehen, und Torres als Mittäterin.

Auch in diesem sehr viel schwerwiegenden Fall beantragte die Verteidigung, dass sie aus Sicherheitsgründen in das Gefängnis der Militärbasis Mariscal Zavala, insbesondere in den Frauenbereich, eingewiesen werden sollte. Es wird erwartet, dass sowohl das Gericht von Jutiapa (Delikt: Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Betrug) als auch das Gericht in der Hauptstadt (Delikt: Beteiligung an Mordversuch, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) Termine festlegen werden, wann Castañeda Torres ihre erste Aussage in den Fällen machen muss.

DIE FESTNAHME

Die Polizei nahm Castañeda Torres am vergangenen Mittwochnachmittag auf einem Parkplatz eines Einkaufszentrums in Ciudad Vieja, Sacatepéquez, fest. Der Innenminister Francisco Jiménez bezeichnete dies als eine der „wichtigsten“ Festnahmen seiner Amtszeit. Er betonte auch, dass Castañeda Torres die Partnerin von „Lobo“ sei, und erklärte, dass die Festnahme ein schwerer Schlag für die im Land operierenden Banden sei.

Daraufhin versicherte Castañeda Torres, dass Jiménez es sich zur Aufgabe gemacht habe, ihre Liebesbeziehung „mit grossem Tamtam“ bekannt zu machen, dass ihn dies aber „nicht interessieren sollte“. „Ich erzähle nicht jedem von seinen sexuellen Vorlieben, solche persönlichen Dinge werden respektiert, und er sagt, dass er mich als Gangmitglied blossstellen wird, was ich ebenfalls respektiere, aber er hat kein Recht dazu“, fügte sie hinzu. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6